

# UN Sonderberichterstatterin über Palästina: Israel hat ganz Palästina in ein „Freiluftgefängnis“ verwandelt, um seine Annexionspläne voranzutreiben

**Im Bericht von Francesca Albanese an den UN-Menschenrechtsrat vom Juni heißt es, dass Israel physische, bürokratische, militärische Mittel, sowie Überwachungsinstrumente einsetzt, um das besetzte Gebiet zu „entpalästinisieren“ und „die Existenz der Palästinenser:innen als Volk“ zu bedrohen.**

Jeff Wright, mondoweiss.net, 16.07.23

Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatterin für Palästina, beschreibt in ihrem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat vom Juni (1) wie Israel durch ein „Kontrollsystem, das sich aus mehreren und miteinander verbundenen Ebenen der Einschränkung zusammensetzt“, „das Leben der Palästinenser:innen in ein *karzerales Kontinuum* verwandelt hat“, das wie sie schreibt, einem ständig überwachten Freiluftgefängnis gleichkommt.

„Unter der israelischen Besatzung haben Generationen von Palästinenser:innen weit verbreitete und systematische willkürliche Freiheitsberaubung ertragen, oft für die einfachsten Tätigkeiten des Lebens...“.

F. Albanese

Ihr Bericht dokumentiert die vielen Instrumente physischer, bürokratischer und militärischer Überwachung, die Israels „willkürliche Landnahme und die gewaltsame Vertreibung von Palästinensern“ ermöglichen – Merkmale des Siedlerkolonialismus, wie sie schreibt.

Bei der Vorstellung des Berichts (2) vor dem UN-Menschenrechtsrat am Montag sagte Albanese: „Diese Verstöße scheinen Teil eines Plans zu sein, das Gebiet zu entpalästinensieren. Sie bedrohen die Existenz der Palästinenser:innen als Volk, als nationale zusammenhängende Gruppe.“

Als Experte für internationales Recht nimmt Albanese die Leser:innen mit in das Dickicht, um die relevanten internationalen humanitären, menschenrechtlichen und strafrechtlichen Gesetze zu beschreiben, die zusammengenommen eindeutig auf die Unrechtmäßigkeit der israelischen Maßnahmen gegenüber den Palästinenser:innen in der Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) und im Gazastreifen hinweisen.

„Es ist von entscheidender Bedeutung“, sagte sie vor den Mitgliedern des Menschenrechtsrates, „dass die internationale Gemeinschaft die Unrechtmäßigkeit der israelischen Besatzung anerkennt, die natürlich zur Apartheid führt. Dies kann nicht verbessert werden. Es lässt sich nicht humaner gestalten, indem man nur einige der schwerwiegendsten Folgen anspricht. Es muss beendet werden, um Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit wiederherzustellen“.

Israel hat stets bestritten, dass internationales Recht auf seine Handlungen in den besetzten Gebieten anwendbar ist, und behauptet, das Gebiet sei umstritten und nicht besetzt.

Israels Ablehnung der Anwendbarkeit des internationalen Rechts, so die Sonderberichterstatterin, „hat zu Verletzungen grundlegender Prinzipien geführt, die für Besatzungssituationen gelten, einschließlich der Nichterlangung der Souveränität, der Pflicht, das besetzte Gebiet zum Nutzen der geschützten Bevölkerung zu verwalten, und der zeitlichen Begrenzung“.

In einer Pressekonferenz, die auf die Veröffentlichung des 21-seitigen Berichts folgte, sagte Albanese, dass sie ihren Bericht zum Thema *willkürliche Freiheitsberaubung* geschrieben habe, „da das Ausmaß vor Ort so gravierend ist“.

Ihr Bericht aktualisiert die UN-Dokumentation der israelischen Politik und Praktiken, die vielen bekannt sind: willkürliche Festnahmen und Verhaftungen ohne Haftbefehl; nächtliche Razzien, bei denen Kinder festgenommen werden; das doppelte Rechtssystem in der Westbank, das einerseits für israelische Bürger:innen, die in illegalen Siedlungen leben, für die Zivilgerichte zuständig sind, besteht, und das andere für Palästinenser:innen, das von den Besatzungstruppen geschaffen und verwaltet wird und für das die Militärgerichtsbarkeit zuständig ist; die illegale Blockade des Gazastreifens; ein willkürliches Genehmigungssystem, dem es an Transparenz fehlt; 270 Kolonien und Militärstützpunkte, die palästinensische Städte und Dörfer umzingeln und eine Ausdehnung verhindern; die Mauer, Kontrollposten, Straßensperren und separate Straßen sowie die Zersplitterung der palästinensischen Bevölkerung in getrennte Gebiete mit unterschiedlichen Gesetzen, die fast jeden Aspekt ihres Lebens regeln. „Die vielschichtige Architektur der Einschränkung“, wie sie es in ihrem Bericht nennt.

Einer der wichtigsten Beiträge des Berichts der Sonderberichterstatterin ist ihre Beschreibung der digitalen Überwachung. Eingriffe in das Recht auf Privatsphäre, wie der Einsatz von Überwachungstechnologien, sind durch internationales Recht vorgeschrieben und dürfen nur dann eingesetzt werden, wenn sie unbedingt notwendig sind.

Albanese schreibt,

Stattdessen wird durch die digitale Überwachung die Kontrolle der israelischen Streitkräfte über den Raum und das Leben der besetzten Bevölkerung durchdringend verstärkt.

Palästinenser:innen werden an Kontrollpunkten, auf öffentlichen Plätzen, bei gesellschaftlichen Zusammenkünften und Protesten ständig durch Videoüberwachung und andere Geräte überwacht. In ihre Privatsphäre wird oft ohne ihr Wissen eingedrungen, durch die Überwachung von Online-Plattformen wie *Facebook*, von Anrufen und Online-Gesprächen, die als „bedrohlich“ eingestuft werden, und durch die Verfolgung des Standorts und der Verbindungen von Mobiltelefonen, um Netzwerke und potenzielle Verbindungen aufzubauen, oder sogar durch ihre Krankenakten.

„Die Besatzung“, berichtet Albanese, „hat Israels Entwicklung leistungsfähiger Überwachungstechnologien vorangetrieben, darunter Gesichtserkennung, Drohnen und Überwachung sozialer Medien.“ Sie beschreibt den Einsatz israelischer Systeme wie *Blue Wolf*, *Red Wolf* und *Wolf Pack*, die zu Israels Datenbank mit Bildern, persönlichen Informationen und Sicherheitseinstufungen von Palästinenser:innen in der Westbank beitragen, einschließlich derer in Jerusalemer Vierteln wie Silwan und Sheikh Jarrah.

Sie haben „eine ‚spiele-artige Überwachung‘ geschaffen“, schreibt Albanese, „bei der israelische Militäreinheiten Palästinenser:innen ohne ihre Zustimmung fotografieren und sogar verstörende Wettbewerbe veranstalten“. „Die digitale Überwachung dient schlußendlich dazu, die Kolonisierung zu erleichtern“, schreibt sie.

In ihrem Mandat, die „Situation der Menschenrechte in den palästinensischen Gebieten“ zu dokumentieren, listet Albanese auch Verstöße der palästinensischen Behörden gegen internationales Recht auf, die „zur Verschärfung des Besatzungsregimes beitragen“.

„Willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen durch die Palästinensische Behörde in der Westbank und die De-facto-Behörden im Gazastreifen haben dazu beigetragen, die Rechte und Freiheiten der Palästinenser:innen einzuschränken“, schreibt sie. „Menschenrechtsgruppen haben missbräuchliche Praktiken, Beschimpfungen, Isolationshaft und Schläge dokumentiert, die häufig dazu dienen, Geständnisse zu erzwingen, Aktivist:innen zu bestrafen und einzuschüchtern“, berichtet sie.

Albanese beschreibt, wie die Sicherheitskoordination zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und Israel „eine direkte Verbindung zwischen palästinensischen und israelischen Inhaftierungsapparaten geschaffen hat“. Palästinensische Opfer, so schreibt sie, sprechen von einer „Drehtürpolitik“ – einem Kreislauf, in dem „Palästinenser:innen zunächst von der Palästinensischen Autonomiebehörde verhaftet, verhört, inhaftiert und oft misshandelt werden und dann, nach ihrer Freilassung, von den Besatzungstruppen oder umgekehrt“.

Obwohl das 2003 geänderte palästinensische Grundgesetz die Grundrechte und -freiheiten schützen soll, schreibt Albanese, dass andere palästinensische Gesetze „einige Straftaten immer noch sehr allgemein definieren [und] unter anderem die Beleidigung oder Verleumdung eines Amtsträgers oder einer höheren Autorität, die Verleumdung in der Presse oder das Schüren von ‚konfessionellen Unruhen‘ umfassen“ „Palästinenser:innen, die der Kollaboration mit Israel verdächtigt werden, werden noch härter behandelt“, schreibt sie, „und im Gazastreifen können sie mit der Todesstrafe bestraft werden.“

Die Sonderberichterstatterin weist auch darauf hin, wie die Palästinensische Autonomiebehörde Israels Unterdrückung von Studenten auf palästinensischen Universitäten widerspiegelt, indem sie „Studenten und andere Personen wegen abweichender politischer Meinungen, einschließlich solcher, die in den sozialen Medien geteilt werden, festnimmt“.

Die Schlüsse in ihrem Bericht lauten unter anderem:

„Unter der israelischen Besatzung haben Generationen von Palästinenser:innen weit verbreitete und systematische willkürliche Freiheitsberaubung ertragen, oft für die einfachsten Tätigkeiten des Lebens...“.

- „Indem die Besatzung den Palästinensern den Schutz des Völkerrechts vorenthält, reduziert sie sie auf eine ‚entzivilisierte‘ Bevölkerung, die ihres Status als geschützte Personen und ihrer Grundrechte beraubt ist. Die Behandlung der Palästinenser als kollektive, einzusperrende Bedrohung untergräbt ihren Schutz als ‚Zivilisten‘ nach internationalem Recht, beraubt sie ihrer Grundfreiheiten und nimmt ihnen die Möglichkeit, sich zu vereinigen, sich selbst zu regieren und sich als Gemeinwesen zu entwickeln...“

- „Durch den Übergang von der ‚Sicherheit der Besatzungsmacht‘ zur ‚Sicherheit der Besatzung selbst‘ hat Israel die ‚Sicherheit‘ als permanente Kontrolle über das von ihm besetzte Gebiet getarnt und versucht, es zu annektieren... Dies hat Segregation, Unterwerfung, Fragmentierung und letztlich die Enteignung palästinensischen Landes und die erzwungene Vertreibung der Palästinenser...innen verfestigt“.
- „...Nach der UN-Charta und dem Völkerrecht, insbesondere dem Recht der Staatenverantwortlichkeit, haben Drittstaaten (3) die Pflicht, Israels siedlerkoloniale Apartheid nicht zu unterstützen oder zu dulden...“

Albanese nennt mehrere Möglichkeiten, um die erste der beiden Empfehlungen ihres Berichts zu erreichen: dass „Israels System, Palästinenser:innen in den besetzten palästinensischen Gebieten willkürlich ihrer Freiheit zu berauben, ... ohne Einschränkung abgeschafft wird“.

In der zweiten Empfehlung wird der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs aufgefordert, im Rahmen der Ermittlungen zur Lage in Palästina die mögliche Begehung der von ihr beschriebenen internationalen Verbrechen zu untersuchen.

Jonathan Kuttab, Experte für internationales Recht und Menschenrechtsaktivist, wurde von *Mondoweiss* gebeten, den Bericht der Sonderberichterstatterin zu kommentieren: „Im Gegensatz zu anderen Kommentatoren wendet Frau Albanese das internationale Recht direkt und präzise an und lässt nicht zu, dass ihre Beobachtungen durch das Schweigen anderer, oder deren offensichtliche Akzeptanz der fortgesetzten Verletzungen des internationalen Rechts durch Israel verzerrt werden. Andere tun so, als ob dieses anhaltende und lange Schweigen das eindeutig illegale Verhalten und die eklatanten Verstöße gegen die Normen, die nach internationalem Recht für das Verhalten einer ‚Besatzungsmacht‘ gegenüber einer ‚geschützten Zivilbevölkerung‘ gelten sollen, sich irgendwie normalisiert oder legitimiert hätte.“

Da der Sonderberichterstatterin von Israel die Einreise in die besetzten Gebiete verweigert wurde, führte sie ihre sechsmonatige Studie aus der Ferne durch, einschließlich eines Besuchs in Jordanien, virtueller Treffen und Besichtigungen, der Durchsicht von Primär- und öffentlichen Quellen sowie von Berichten palästinensischer Organisationen der Zivilgesellschaft.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels steht eine Antwort des Staates Israel noch aus. Es ist jedoch mit Kritik zu rechnen, es sei denn, Israel ignoriert den Bericht einfach, wie am Montag bei der Sitzung des Menschenrechtsrates.

In einem Anfang des Monats veröffentlichten Beitrag (4) verteidigte Avi Shlaim, emeritierter Professor für internationale Beziehungen an der Universität Oxford, Albanese, nachdem ihr als Reaktion auf ihren Bericht vom September (5) Antisemitismus vorgeworfen worden war. Shlaim schrieb, dass Israels oft von Verachtung geprägte Einstellung gegenüber der UN, in „Spott [umschlägt], der in eine unerbittliche Verunglimpfung“ derjenigen übergeht, die die Praktiken Israels untersuchen und versuchen, es zur Rechenschaft zu ziehen.

„Albanese ist eine außerordentlich kompetente und gewissenhafte internationale Expertin“, schrieb Shlaim. „Sie verdient nichts als Anerkennung für den Mut und das Engagement, das sie bei der Erfüllung ihres UN-

Mandats demonstriert hat. Sie kann die meisten Angriffe, die sie aus zionistischen Kreisen erfährt, sogar als Ehrenabzeichen tragen.“

„Die drei Hauptsäulen des Judentums sind Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden“, schrieb Schlain.

„Albanese verkörpert diese Werte in bemerkenswert hohem Maße. Es wird viele Juden auf der ganzen Welt geben, die durch Israels Verrat an diesen zentralen jüdischen Werten beunruhigt sind, insbesondere seit der Bildung der aggressiv anti-palästinensischen, rechtsextremen, fremdenfeindlichen, homophoben und offen rassistischen Koalitionsregierung unter Benjamin Netanjahu, die vielleicht Grund haben, ihr dafür zu danken, dass sie diese Werte in einem kritischen Moment hochhält.“

Wer sich für einen gerechten Frieden einsetzt, kann den Bericht des Sonderberichterstatters ausdrucken, eine kurze persönliche Notiz hinzufügen und Exemplare mit Hervorhebungen an seine gewählten Vertreter und die lokalen Medien schicken.

Quelle: <https://mondoweiss.net/2023/07/un-special-rapporteur-on-palestine-israel-has-turned-all-of-palestine-into-an-open-air-prison-to-further-annexation-plans>

1. [https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session53/advance-versions/A\\_HRC\\_53\\_59\\_AdvanceUneditedVersion.pdf](https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session53/advance-versions/A_HRC_53_59_AdvanceUneditedVersion.pdf)
2. <https://media.un.org/en/asset/k18/k18s87ny48>
3. <https://www.diakonia.se/ihl/resources/international-law/obligations-third-states-violations-international-law/>
4. <https://www.jadaliyya.com/Details/45189>
5. <https://www.ohchr.org/en/documents/country-reports/a77356-situation-human-rights-palestinian-territories-occupied-1967>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de